

# Strahlentelex

## mit ElektromogReport

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit

ISSN 0931-4288

[www.strahlentelex.de](http://www.strahlentelex.de)

Nr. 568-569 / 24. Jahrgang, 2. September 2010

### Uranbergbau:

Die deutsche Bundesregierung und die EURATOM Supply Agency verschleiern die Herkunft des Urans, das für den Betrieb deutscher Atomkraftwerke genutzt wird.

Seite 3

### Atompolitik:

Nach 35 Jahren Bauzeit begannen in der iranischen Hafenstadt Buschehr russische und iranische Techniker, die ersten Brennstäbe in den dortigen Reaktor einzusetzen.

Seite 6

### Atompolitik:

Hoch angereichertes, atomwaffentaugliches Uran wird in dem Forschungsreaktor FRM II in Garching bei München mindestens noch bis zum Jahr 2018 eingesetzt und damit acht Jahre länger als geplant.

Seite 7

### Atompolitik:

Mit einer Großdemonstration in Berlin am Samstag, den 18. September 2010, wollen Anti-Atom-Organisationen einen „heißen Herbst“ für Regierung und Atomkonzerne einläuten.

Seite 8

### Energiepolitik

## Gutachten zur Laufzeitverlängerung der AKW mit verzerrten Ergebnissen

„Zwölf bis zwanzig Jahre am besten“ – „Eine Verlängerung ist sinnlos“

Zur Vorbereitung ihres Energiekonzeptes hatte die Bundesregierung Gutachten in Auftrag gegeben, die am 27. August 2010 von den auftragnehmenden Instituten übergeben, jedoch nicht veröffentlicht wurden. Entsprechend sind die Nachrichten und Deutungen widersprüchlich. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet, ihren In-

formationen zufolge seien die Gutachter zu dem Ergebnis gekommen, daß für Klima und Volkswirtschaft die besten Effekte zu erreichen seien, wenn die Kraftwerke zwischen zwölf und zwanzig Jahre länger als geplant am Netz bleiben. Verglichen mit einer Verlängerung um durchschnittlich vier Jahre, würden die Kohlendioxidemissionen

bei einer zwölf Jahre längeren Laufzeit um zehn Prozent niedriger ausfallen, der Börsenstrompreis würde um 20 Prozent sinken, der für Haushaltskunden um vier Prozent. Das würde 43.000 neue Arbeitsplätze schaffen und das Wirtschaftswachstum um zusätzlich 0,2 Prozent steigern. Höher fielen die Zuwächse bei einer Laufzeitverlängerung von zwanzig Jahren aus. Der Haushaltsstrompreis würde um sieben Prozent sinken, 71.000 Arbeitsplätze würden neu entstehen und das Bruttoinlandsprodukt um 0,5 Prozent wachsen.

Eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken ist sinnlos, konstatiert dagegen das Handelsblatt. Ohne eine Verlängerung der Laufzeiten seien zwar Stromimporte aus dem benachbarten Ausland erforderlich, es ergebe sich jedoch kein zwingender Grund für eine Verlängerung. Laufzeiten würden nach den Berechnungen höchstens einen leicht dämpfenden Effekt auf die Strompreise haben.

Die Ergebnisse des Gutach-

tens zur künftigen Energiepolitik sind zu Gunsten längerer Atomlaufzeiten verzerrt und schön gerechnet. Darauf wies die Wochenzeitung DIE ZEIT bereits im Vorfeld in ihrer Ausgabe vom 19. August 2010 mit Hinweis auf ihr vorab zugänglich gemachte Dokumente hin.

Das Gutachten berücksichtigt demnach in den Szenarien mit Laufzeitverlängerung zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen, die in dem Basisszenario ohne Laufzeitverlängerung nicht berücksichtigt werden. Die Gutachter nehmen zum Beispiel an, daß sich bei Laufzeitverlängerungen auch die Wärmedämmung von Gebäuden, der Verbrauch von Biokraftstoffen und sogar die zukünftige Leistung von Windkraftanlagen deutlich verbessern würden, obwohl dies mit den Laufzeiten der Kernkraftwerke nichts zu tun hat. Die Gutachter tun so, als ob Klimaschutz nur machbar sei, wenn die Meiler länger am Netz blieben – eine absurde Annahme.

Die Ergebnisse der vier Szenarien mit Laufzeitverlänge-

rung unterscheiden sich zudem kaum. Die Gutachter waren beauftragt, die Effekte einer Laufzeitverlängerung um 4, 12, 20 und 28 Jahre zu berechnen. Demnach wäre es für die Versorgungssicherheit, den Strompreis oder den Klimaschutz gar nicht so wichtig, wie viel länger die Kernkraftwerke noch laufen.

Daß das Gutachten der von der Regierung beauftragten Wissenschaftler keine Lösung im Laufzeitenstreit bringt, ist aber nur das eine, heißt es in der ZEIT. Angreifbar sei es noch aus einem anderen Grund: Die Regierung habe von Anfang an versucht, das Ergebnis im eigenen Sinne zu beeinflussen. Jedes Gutachten basiere auf Rahmenbedingungen, die der Auftraggeber setzt. Das ist in diesem Fall der Bundeswirtschaftsminister, und dieser entschied, nur verschiedene Zeiträume einer Laufzeitverlängerung untersuchen zu lassen, nicht aber den generellen Sinn eines Ausstiegs vom Atomausstieg. Die vom Wirtschaftsministerium beauftragten Gutachter sollten lediglich legitimieren, was im Koalitionsvertrag festgelegt sei.

Das von der Bundesregierung beauftragte Forschungsinstitut Prognos, das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln (EWI) und die Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) in Osnabrück, reagierten auf Nachfragen der ZEIT ausweichend: „Tut mir leid, dazu dürfen wir nichts sagen.“ Und: „Wir hatten mit den Vorgaben wenig zu tun.“ Sowie: „Sicher kann man Schlüsse daraus ziehen, was vereinbart worden ist und was nicht.“

Die Bundesregierung ist offenbar nicht daran interessiert zu erfahren, ob ihre energie- und klimapolitischen Ziele auch dann erreichbar sind, wenn es beim Atomausstieg bleibt und den Gutachtern kam die undankbare Rolle zu, dieses Desinteresse quasiwissenschaftlich zu untermauern,

kritisiert die ZEIT.

Die Meiler sind bilanziell abgeschrieben, jeder zusätzliche Tag Laufzeit bringt zusätzlichen Gewinn, merkt die ZEIT an. Nach Berechnungen der Landesbank Baden-Württemberg kostet die Stromerzeugung in abbeschriebenen Kernkraftwerken 2,2 Cent pro Kilowattstunde. Am Großhandelsmarkt verkaufen können die vier Konzerne den Strom aber zum Börsenpreis, derzeit rund 5 Cent. Die Differenz streichen sie ein: aufs Jahr gerechnet fast vier Milliarden Euro. Der Widerstand gegen den Plan der Regierung, einen Großteil dieser Gewinne per Brennelementesteuer in den Staatshaushalt umzulenken, ist entsprechend groß.

Der Einsatz der Manager für künftige Gewinne sei zwar legitim, könne aber das Volk für längere Laufzeiten kaum begeistern, heißt es in der ZEIT. Deshalb habe einer der Konzerne vor fast zwei Jahren die PR-Agentur PRGS mit einem „Kommunikationskonzept Kernenergie“ beauftragt. Der Generalstabsplan hat demnach das Ziel, die Debatte um längere Laufzeiten „positiv zu beeinflussen“ – im Wesentlichen durch drei Argumente: Der Strom soll günstiger, die Versorgung sicherer und der Klimaschutz einfacher werden.

Allerdings, darauf weist DIE ZEIT hin, dürften die Bürger vom billigen Atomstrom wenig merken, weil nicht das billigste, sondern das teuerste Kraftwerk den Strompreis bestimmt. Laut einer Studie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) könnte der Durchschnittshaushalt monatlich um zwölf Euro entlastet werden – aber erst im Jahr 2030 und nur, wenn alle Meiler 28 Jahre länger laufen.

Anderen Studien zufolge könnte Strom sogar teurer werden, denn die Laufzeitverlängerung verstärke die marktbeherrschende Position der Atomkonzerne. Auch die Behauptung, Klimaschutz würde

einfacher, ist kühn. Zwar emittieren die Meiler tatsächlich wenig Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>); aber der Ausstoß des Klimagases ist in Europa durch den Emissionshandel fixiert. Was in Deutschland weniger emittiert wird, kann anderswo zusätzlich ausgestoßen werden.

Bleibt noch die Versorgungssicherheit: „Erst wenn wir genügend erneuerbare Energie haben und sie zu jeder Zeit verlässlich dahin kommt, wo wir sie brauchen, erst dann kann man über ein Abschalten der Kernkraftwerke reden“, zitiert die ZEIT den Unionsfraktionsvize Michael Fuchs. Das sei das wichtigste Argument der Befürworter längerer Laufzeiten.

Denn tatsächlich erweise es sich zunehmend als Problem, grünen Strom jeden Tag und rund um die Uhr in die Steckdosen zu bekommen. Erstens weht der Wind, Deutschlands ergiebigste erneuerbare Stromquelle, nicht immer. Und zweitens weht er am heftigsten dort, wo Strom am wenigsten gebraucht wird – über der Nordsee und in Norddeutschland. Den meisten Strom aber verbrauchen Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. Benötigt werden daher zusätzliche Stromnetze und Stromspeicher, wird erklärt.

Pläne dafür gibt es längst. Aber die Taten hinken diesen hinterher. 850 Kilometer Höchstspannungsleitungen müßten bis 2015 gebaut werden, heißt es in einer Studie der Deutschen Energieagentur (Dena) aus dem Jahr 2005 – gebaut worden sind der ZEIT zufolge bisher aber lediglich 90 Kilometer. Nach neueren Schätzungen müßten bis zum Jahr 2020 sogar einige Tausend Kilometer Hochspannungsleitung quer durch Deutschland gezogen werden. Doch überall, wo die Masten errichtet werden sollen, rege sich Widerstand. Fast gegen jeden Trassenkilometer wehren sich Grundstückseigentü-

mer und Bürgerinitiativen. Ungewollt werden sie so zu Verbündeten der Atomlobby, heißt es. Der Netzausbau sei der Knackpunkt im Energiekonzept der Regierung und auch die Kraftwerksbetreiber wüßten das.

Die Bundesregierung will Ende September im Kabinett über ihr Energiekonzept beschließen, heißt es. Beobachter gehen davon aus, daß die beteiligten Ressorts das Konzept bereits weitgehend fertiggestellt haben. ●

## Uranbergbau

# Delegierte indigener Völker fordern Ende der Atomindustrie

Die Delegierten der IPPNW-Vorkonferenz „Sacred Lands, Poisoned Peoples“ haben am 29. August 2010 in Basel eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Darin fordern sie, Uranabbau und dessen Weiterverarbeitung zu stoppen sowie den unverantwortlichen Umgang mit radioaktivem Abfall, Atomenergie und Atomwaffen zu beenden.

„Uranabbau hinterläßt ein giftiges Erbe, lange nachdem die Bergbauunternehmen den Betrieb einstellen und gegangen sind. Das Gift der Radioaktivität bleibt in unserem Boden und in unserem Wasser, es schadet unserer Gesundheit und es verletzt Mutter Erde. Wir solidarisieren uns mit allen, die mit dieser gefährlichen Industrie konfrontiert werden, und wir sagen: Stopp! Laßt das Uran in der Erde“, erklärte Charmaine White Face von der Tetuwan Sioux (Lakota) Nation, USA.

„Auf unserem Land gibt es zwei Uranminen und 130 Schürfrechte zur Erkundung von potentiellen Abbaustätten.